Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2230/15

Titel

Katzenschutzverordnung und Katzenkastrationsgebot

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Stand der Umsetzung der Ermächtigung nach § 13b TierSchG durch die Landesregierung

Die Landesregierung hat am 24.05.2016 per Kabinettsbeschluss eine Verordnung zum Schutz frei lebender Katzen verabschiedet.

Sie hat damit von der Ermächtigung nach §13b Tierschutzgesetz Gebrauch gemacht und die Landkreise und kreisfreien Städte die Befugnis übertragen, insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Besitzerinnen und Besitzer von Hauskatzen werden verpflichtet, ihrer Katze nur freien Auslauf zu gewähren, wenn diese nachweislich nicht fortpflanzungsfähig ist.
2. Besitzerinnen und Besitzer von Hauskatzen werden verpflichtet, ihrer Katze nur freien Auslauf zu gewähren, wenn der Besitzer der Katze durch eine geeignete Kennzeichnung identifizierbar ist.

Ziel ist es, zu verhindern, dass in menschlicher Obhut gehaltene Katzen, sog. Freigänger zur unkontrollierten Vermehrung der Katzenpopulationen beitragen.

Voraussetzung für diese Maßnahmen sind Feststellungen zum Gesundheitszustand der Katzenpopulation. Viele frei lebende Tiere sind unterernährt, krank oder verletzt. Hierbei handelt es sich um eine tierschutzrechtlich begründete Gefährdungslage, die ein Eingreifen i. S. des § 13b TierSchG erfordert.

Die Landkreise und kreisfreien Städte erhalten vom Land zum Ausgleich des aufgrund der Inanspruchnahme der Verordnungsermächtigung entstehenden administrativen Mehraufwandes eine Ausgleichszahlung. Da der in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu erwartende Aufwand erhebliche Unterschiede aufweisen kann, soll die Kostenerstattung nach den tatsächlich angefallenen Kosten im Wege der sogenannten Spitzabrechnung erfolgen.

Eine Regelung zur finanziellen Unterstützung der von den Tierschutzorganisationen durchgeführten Kastrationsaktionen wurde nicht getroffen. U. a. hatte die Stadt Erfurt in eine Stellungnahme für den Städte- und Gemeindebund auf die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und ihrer Finanzierung hingewiesen.

Auf die anliegende Stellungnahme zum Verordnungsentwurf der Landesregierung verweise ich.

Situation in Erfurt und geplante Maßnahmen der Stadtverwaltung

Das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wertet seit dem 20.02.2015 den Gesundheitsstatus von verwilderten Katzen aus, die vom Tierschutzverein Erfurt zum Zwecke der Kastration eingefangen werden. Insgesamt wurden 272 Tiere aus dem gesamten Stadtgebiet in die Untersuchung einbezogen. Zu den Ergebnissen verweise ich auf die Auswertung in der Anlage.

Aus dieser Erhebung ergibt sich, dass über die Hälfte der eingefangenen Katzen an einer oder mehr Erkrankungen oder Verletzungen und damit mangels tierärztlicher Versorgung erheblich

gelitten haben. Die erhobenen Befunde stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit einer hohen Anzahl von verwilderten Katzen. Dies gilt für das gesamte Stadtgebiet. Eine wirksame Kontrolle der Vermehrung ist das geeignete Mittel, den Gesundheitszustand der Gesamtpopulation zu erhöhen. Um den Erfolg solcher Maßnahmen zu gewährleisten, sind fortpflanzungsfähige Freigänger in die populationsbegrenzenden Maßnahmen mit einzubeziehen.

Die Voraussetzungen für den Erlass einer Verordnung nach § 13b Tierschutzgesetz liegen somit für die Stadt Erfurt vor. Das Amt 39 beabsichtigt, auf der Grundlage einer Musterverordnung des Thüringer Sozialministeriums einen entsprechenden Verordnungsentwurf zu erarbeiten.

Aus veterinärmedizinischer Sicht ist es allerdings unabweisbar, dass der Erfolg einer solchen Verordnung, also eine nachhaltige Bestandsregulierung, nur in Verbindung mit populationsbegrenzenden Maßnahmen in Bezug auf verwilderte Katzen zu erreichen ist. Unter populationsbegrenzenden Maßnahmen ist hier konkret das Einfangen, Kastrieren und wieder Freisetzen freilebender Katzen zu verstehen. Diese Aufgabe nimmt im Stadtgebiet der Tierschutzverein Erfurt in ehrenamtlicher Tätigkeit und finanziert durch private Spenden wahr.

Es ist daher beabsichtigt, im Rahmen des Erlasses der Verordnung eine Regelung zur angemessenen, finanziellen Beteiligung der Stadt an den Kosten des Tierschutzvereines für die Kastration von wildlebenden Katzen zu treffen. Geplant ist eine Beteiligung von 3000,- Euro pro Haushaltsjahr im Zeitraum 2017 bis 2019. Die Finanzierung erfolgt über Gebühreneinnahmen aus dem Haushalt des Amtes 39.

Der Erfolg der Maßnahmen wird durch kontinuierliche Erhebungen des Amtes 39 überprüft. Es erfolgt eine jährliche Auswertung der Ergebnisse und Bericht an den Stadtrat.

Anlagen

Anlage 1 - Auswertung Katzensundheit (Stand 31.05.2016);

Anlage 2 - Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt für den Thüringer Gemeinde- und Städtebund zum Entwurf einer Thüringer Verordnung über die Übertragung der Ermächtigung nach § 13 b des Tierschutzgesetzes (TierschG) **(Hinweis: Anlage 2 nicht im Bürgerinformationssystem einsehbar.)**

gez. Dr. Kreis
Unterschrift Amtsleiter

31.05.2016
Datum